

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionspreis: Durch außerordentlich hohe Preise monatlich 120 Mark, Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigenvertriebsstellen entgegen. - Erhalten monatlich, Sonntags- und Anzeiger Nr. 28. Telegramme: Kogelblatt Erzgebirge.

Verlagspreis: Die Anzeigenpreise sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20.00 Mark, auswärts 25.00 Mark, für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20.00 Mark, auswärts 25.00 Mark. Bei größeren Abnahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Nr. 277

Mittwoch, den 29. November 1922

17. Jahrgang

Die französische Aktivität.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Meldungen aus Paris haben am Dienstag an der Berliner Börse den Dollar bis hart an die 9000-Markgrenze emporgetrieben. Das ist wenig verwunderlich, denn die Aktivität der französischen Politik, die sich in der morgigen Sitzung im Elysee mit so großer Energie angekündigt hat, muß auf das wirtschaftliche Leben Deutschlands einen neuen außerordentlich schweren Druck legen. Auch wenn man dabei nicht übersieht, daß die Besprechungen, die jetzt in Paris stattfinden, nur eine mittelbare Vorbereitung besonderer französischer Maßnahmen sind, darf man doch keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß es sich bei diesen Vorbereitungen nicht um die Wäsche eines Wäschers am Stinckel auf die bevorstehende Brüsseler Konferenz handelt sondern daß es der französischen Regierung mit ihrem neuen Aktionsprogramm durch-

aus ernst ist. Die Stimmung in Frankreich ist durch die verschiedenen von außen kommenden Eindrücke sehr stark erregt und verbittert. Die Haltung Italiens, das unter Mussolini auf eine ganz neue Bahn getrieben wird, ist durchaus geeignet, auch die französischen Reparationsansprüche zu verschärfen, denn die Art, wie Mussolini das Unrecht Italiens auf Reparationsleistungen auszubehnen strebt, muß in Paris doch wohl wirken, daß man dort nun erst recht auf seinen Schein besteht. Auf der anderen Seite ist man über die Haltung Englands, das sich nach wie vor bemüht, äußerlich korrekt zu erscheinen, in Frankreich zwar äußerlich verstimmt, weit aber im Grunde doch wohl genau genug, daß die englische Politik hinlängliche Gründe hat, Frankreich in seiner Reparationspolitik zum mindesten passiv zu unterstützen.

Was Belgien angeht, so waren die Besprechungen, die in den letzten Tagen mit den Vertretern der belgischen Regierung in Paris stattgefunden haben, deshalb für Frankreich nicht befriedigend, weil die belgischen Minister sich nicht entschließen konnten, den weitgehenden Wünschen der französischen Regierung vollständig zuzustimmen. Die Erfahrung veranlaßt die Leiter der französischen Politik scheinbar zu gewissen Rückschlüssen über die Bereitwilligkeit der anderen Verbündeten, ihnen aktiv auf der Bahn zu folgen, die sie gehen wollen, und aus diesem Grunde treffen sie alle erforderlichen Vorbereitungen für eine französische Sonderaktion, zu der sie sich im Falle einer Forderung der internationalen Solidarität berechnen können. Das ist damit die grundlegende Voraussetzung des Versailles-Vertrages umstossen zu werden, scheint für sie eine Frage zweiter Ordnung zu sein.

Die französische Sonderaktion ist gedacht für den Fall, daß die Brüsseler Konferenz nicht zustande kommen oder nicht das Ergebnis haben sollte, das man in Paris von ihr erwartet. Bedenken in dieser Richtung bestehen, wie jeder Beobachter der internationalen Zusammenhänge in letzter Zeit erkennen konnte, aus den verschiedensten Ursachen; es ist vom französischen Standpunkt aus verständlich, daß man in der öffentlichen Diskussion sich darauf beschränkt, Deutschland als den Schuldigen schon im voraus anzuschuldigen. Es wird behauptet, die neue Regierung und der Reichstag seien sich darin einig, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen solle, und es werden besonders schwere Vorwürfe gegen die deutsche Industrie erhoben. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht angebracht, ein kurzes Wort zu sagen zu den Gerüchten über verschiedene Unterredungen, die der französische Vorsitzende der Reparationskommission Barthou bei seinem Berliner Aufenthalt mit Vertretern der deutschen Industrie gehabt hat und die in der französischen Presse jetzt in einer Weise wiedergegeben werden, die offenbar ihrer tatsächlichen Bedeutung nicht ganz entspricht.

Die Dinge haben doch jedenfalls so gelegen, daß Herr Barthou gewisse Fragen stellte und seine Gedankengänge entwickelte, nicht aber so, daß die von den deutschen Industriellen bindende Zusicherungen gegeben worden wären. Im äußersten Falle dürfte von deutscher Seite die prinzipielle Bereitschaft bekundet worden sein, unter bestimmten Voraussetzungen diese oder jene Mittel und Wege zu versuchen. Auch den angedrohten Druck neuer Sanktionen, durch die Diffusion in den ganzen Weltmarkt und des baldigen westlichen Industriegeldes werden ganz gewiß die Voraussetzungen für derartige deutsche Aktionen nicht geschaffen werden; es wird weder die Entlassung Deutschlands von unentgeltlichem Druck noch die Weigerung der industriellen Welt, nach auch — was man in Paris ebenfalls zu erwarten scheint — die Forderung der deutschen Arbeiterklasse, die durch in einzig richtiger Weise bekämpft werden, von der man sich in Frankreich keinen Vorzug zu verschaffen kann.

Alle die in den Pariser Konferenzen in Erwägung gezogenen Zwangsmaßnahmen setzen sich — immer vom französischen Standpunkt betrachtet — auf dem Papier sehr einfach und sehr zwingend an. Der praktische Durchführung würden sie so außerordentliche Widerstände finden, daß der erwartete Effekt zunächst werden muß. Eine derartige gewaltsame Okkupation bringt alles weniger als „produktive Ständer“; denn sie legt sich lähmend auf die Produktionsstätten, auf den Produktionsgang und auf die produzierenden Kräfte. Gerade jetzt haben die Bergarbeiter angekündigt, daß sie keine Ueberführungen mehr leisten wollen, wenn diese nur zur Schaffung von Reparationsmitteln dienen sollen; glaubt man in Paris, sie unter dem Druck der Bajonette zu erhöhter Leistung zwingen zu können, und wie stellt sich die französische Arbeiterschaft zu einem solchen Gebot?

Man darf bei der Betrachtung der Dinge, die sich jetzt in Paris entwickeln, nicht übersehen, daß, allen Alarmmeldungen zum Trotz, dabei nicht an eine sofortige Aktion gedacht, daß die Bedrohung also noch keine unmittelbare, sondern erst eine mittelbare für Deutschland ist. Das ändert aber nicht das Uebelste an dem Ernst dieser Bedrohung. Ihr gegenüber bleibt Deutschland völlig auf sich gestellt, denn jede Hoffnung auf eine auch nur halbseitige Hilfe von ausländischer Seite würde zu einer bitteren Enttäuschung werden.

Französische Drohungen.

In der letzten öffentlichen Note droht Frankreich mit 1. einer vollständigen Beschlagnahme der Weizenlande, die namentlich in der Erzeugung von deutschen durch französische Beamte zum Ausdruck kommen könnten, 2. einer Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes, einschließlich Essen und Bochum, wobei die Frankreich von Deutschland auf Reparationskonto zu leistenden Kapfen und der für die französische Industrie erforderliche Hüttenkoks gesichert würden.

Die französischen Bettungen, die sich in dieser Frage hinter die Regierung stellen, erklären, daß die Enttäuschung über die Erklärungen der neuen Reichsregierung und die Haltung der deutschen Großindustrie auf französischer Seite die Herstellung einer Art von Einheitsfront in der Reparationspolitik erleichtert habe. Die Enttäuschung über die Haltung der Verbündeten sei gleichfalls groß und habe die Auffassung befestigt, daß eine Sonderaktion Frankreichs notwendig werden könnte. Man habe es jetzt nicht mit einem Blick zur Würdigung des Druckes auf die Verbündeten oder auf die deutsche Großindustrie zu tun. Es sei möglich, daß die deutsche Großindustrie (!) im letzten Augenblicke noch eine andere Haltung ernehme, um die folgenreicheren Konsequenzen ihrer Unnachgiebigkeit zu verhindern.

Außerdem itogen an Berliner maßgebender Stelle Informationen vor, nach denen die Reparationskommission augenblicklich scharfe Garantieforderungen anreibe, die vor allem Garantien von der deutschen Landwirtschaft, den deutschen Banken und der deutschen Industrie fordern. Auch innerhalb der Reparationskommission soll eine Erwägung dahin gehen, den französischen Wünschen nachzukommen und das Ruhrgebiet von England, Frankreich und Italien gemeinsam als Pfand besetzen zu lassen.

Sonar Law zu den französischen Drohungen.

Sonar Law, der nach einer Meldung der Agence Havas aus London die Aufforderung Poincares zu einer der Brüsseler Konferenz vorangehenden Begegnung nicht ablehnen wird, hat auf eine Anfrage in der gestrigen Unterhausung erklärt, daß kein Abkommen England verpflichte, seine Truppen am Rheine zu belassen und eine Politik der Verbündeten zu begünstigen, die die Besetzung deutschen Gebietes vorsehe.

Auf eine weitere Anfrage, ob Poincare und Barthou gedeten hätten, die Frage der internationalen Soldaten auf das Hausanner Programm zu setzen, hat Sonar Law geantwortet, daß dies zwar den Tatsachen entsprechen würde, daß aber die englische Regierung volle Freiheit habe, diese Frage von allen Gesichtspunkten aus zu untersuchen.

Sonar Law's Antwort ist alles andere als eine klare und entscheidende Uebung an Frankreich. Es wird nur das Bestehen eines festen Abkommens bestritten. Was man in der Antwort Sonar Law's vermisst, ist die bekannte Erklärung, daß England eine Besetzung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes nicht zulassen würde.

Die Agence Havas berichtet über die Sitzung im Elysee eine Erklärung, in der es heißt, sie würde zu wirken, daß die Regierung einen internationalen Ausschuss, den Poincare einen englischen, italienischen und belgi-

schen Kollegen wahrscheinlich im Laufe der Vorbereitungen der Brüsseler Konferenz zur Ratifikation vorlegen werde. Die französische Regierung werde gemäß der bei der letzten Reparationskonferenz von Poincare aufgestellten Ziele gewiß nicht eine auch nur teilweise Entbindung Deutschlands von seinen Verpflichtungen zulassen.

Deutsche Proteststimmen.

Der Sozialistengesandte: Was will Poincare? Er will im Namen des Rechts den Friedensvertrag von Versailles auf rückwärtslose Weise brechen. Für uns kann es nichts anderes geben, als daß wir überall in der Welt darauf aufmerksam machen, welche schamlose Bergabwärts unter den schmerzhaftesten Formen des Rechts begangen werden soll, daß Frankreich unter Poincare die Stunde für gekommen glaubt, seinen machtpolitischen Traum von der Rheingrenze und der Herrschaft über Deutschland, sowie seiner wirtschaftlichen Verklammerung in die Tat umsetzen zu können. Germania betont, daß es der französischen Reparationspolitik viel mehr auf die Herrschaft der politischen Welt und der letzten wirtschaftlichen Macht als auf den Wiederwiedergewinn der zerstörten Gebiete ankommt. Der Vorwärts hebt hervor: In Frankreich gibt man sich hoffentlich seiner Täuschung darüber hin, mit welchen Gefühlen gerade auch die deutsche Arbeiterschaft bis auf den letzten Mann und die letzte Frau der gegenwärtigen Politik Frankreichs gegenübersteht. Es immer vor ihr deutschen gegenwärtigen Regierung stehen, es wird ein großes Spiel gespielt, und wir haben den Wunsch, daß Poincare es verliert. — Aus Wien wird unterm 29. November gemeldet: Die neuen Drohungen Frankreichs gegen Deutschland beschäftigen die Wälder in hohem Maße, die einstimmig diese endlose Kriegsscheiße verurteilen, bei der es Frankreich weniger auf die Reparationsleistungen als auf Durchführung seiner traditionellen Rheinlandpolitik ankommt.

Berichtigung der Politik Wirths durch die neue Regierung. Am Montag vormittag ist in Paris eine Note übergeben worden, in der die Reichsregierung der Reparationskommission mitteilt, daß sie sich auf den Standpunkt der Note vom 13. November stellt.

Halbamtlich wird dazu mitgeteilt: Der Vorsitzende der deutschen Kriegskostenkommission in Paris Staatssekretär Fischer hat auf Anweisung der deutschen Regierung am Montag nachmittag der Reparationskommission offiziell mitgeteilt, daß die neue Regierung, entsprechend der Erklärung des Herrn Reichskanzlers, am 24. November ohne Einschränkung auf den Boden der Note vom 13. November tritt und jetzt entschlossen ist, das in ihr enthaltene Programm in vollem Umfang zu vertreten und zur Ausführung zu bringen. Sie hat damit unter Hinweis auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands, die Wirt verbunden, den in der Note vom 13. November gestellten Forderungen mit möglichster Beschleunigung nachzugeben.

Clemenceaus „Erfolg“.

Clemenceaus Tätigkeit in den Vereinigten Staaten, Frankreich gegen den Vorwurf des Imperialismus und Militarismus zu verteidigen und Deutschland bei den Amerikanern anzuschwärzen, ergab den etwas zweifelhaften Erfolg, daß der amerikanische Senat energisch protestierte. In der Tat ist dieser Sturm durchaus verständlich, wenn man daran denkt, daß ein Teil der Rede Clemenceaus in Vorwürfen gegen Amerika, insbesondere gegen Wilson, bestand.

Wir Deutschen haben keinen Anlaß, gerade Wilson besondere Sympathien entgegenzubringen, aber es ist sicherlich kein besonderes Zeichen von Latt, in einem Lande, dessen Gastfreundschaft man genießt, den ehemaligen Präsidenten anzugreifen. Und so erklärt es sich, daß der französische Sendbote, der die Sympathien der Amerikaner für Frankreich zurückzugewinnen sich müht, viel eher Gefahr läuft, Propaganda für Deutschland zu machen. Jedenfalls hat er im amerikanischen Senat durch seine erste Rede eine Reparationsdebatte hervorgerufen, die den französischen Ohren nicht eben wie Musik klingen mag.

Senatspräsident erklärte, daß Frankreich keinen ungelegeneren Vertreter hätte entsenden können, als Clemenceau. Solange die französische Politik gegen Deutschland die bisherige bleibe, ständen einem Zusammenarbeiten von Amerika und Frankreich unüberwindliche Hindernisse entgegen. Deutschland werde, ganz besonders auch durch die schwarzen Truppen am Rhein unnötig aufgereizt und zum Kriege getrieben. Wir können unsere moralische Unterstützung nicht einer Nation geben, die eine Politik des Imperialismus und der Eroberung betreibt.

Die Russen und Lausanne.

Auf die Note der russischen Delegation an den Präsidenten des Kongresses, die eine ausschließliche Wiederherstellung des Territoriums von einigen Wochen an die Konferenz geschickten Gefandens beauftragt, werden die einladenden Mächte antworten, daß die russische Delegation

ember
d.
n Aus.
e.
1/8 Uhr
od
Plakete.
ue.
tag
uff.
la
738.
Begeich-
e dieser
rober
de unter